

# Inhaltsübersicht

<b>§ 1 Einleitung</b> .....	25
A. Richterliche Gewalt als Instrument effektiven Klimaschutzes? .....	25
B. Gang der Betrachtung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands .....	28
<b>§ 2 Die Haftung für die Folgen des Klimawandels auf Ebene des nationalen Privat- rechts</b> .....	30
A. Die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels nach derzeitigem Stand der Wissenschaft .....	30
I. Bestimmung der wesentlichen Begriffe .....	31
II. Grundlagen der Klimaforschung .....	32
III. Beobachtete Veränderungen im globalen Klimasystem .....	34
IV. Ursachen des Klimawandels .....	36
V. Folgen des Klimawandels .....	37
VI. Zwischenergebnis .....	45
B. Die Erforderlichkeit einer privatrechtlichen Haftung für die Folgen des Klima- wandels .....	45
I. Staatliche Maßnahmenkonzepte vor dem Hintergrund des Klimawandels ...	46
II. Allokation klimawandelbedingter Schäden und Verluste .....	55
C. Rechtliche Einordnung und Problematik der privatrechtlichen Haftung für die Folgen des Klimawandels .....	70
I. Rechtliche Einordnung der privatrechtlichen Klimahaftung .....	70
II. Problematik der Klimahaftung .....	89
D. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse .....	146
<b>§ 3 Die Haftung für die Folgen des Klimawandels im Europäischen Zuständigkeits- recht</b> .....	150
A. Klimaklagen und Europäisches Zivilprozessrecht .....	150
I. Rolle des Internationalen Zivilprozessrechts im Zusammenhang mit Klima- klagen .....	150
II. Konfligierende Interessen von Klimakläger und -beklagtem .....	152
III. Regelungsinstrumente des Europäischen Zuständigkeitsrechts .....	157
B. Die internationale Zuständigkeit für Klimahaftungsklagen nach der Brüssel Ia- Verordnung .....	159
I. Der ausschließliche dingliche Gerichtsstand nach Art. 24 Nr. 1 EuGVVO ...	159
II. Der allgemeine Gerichtsstand nach Art. 4 Abs. 1 EuGVVO .....	172

III. Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung nach Art. 7 Nr. 2 EuGVVO . . .	182
IV. Der Gerichtsstand der Niederlassung nach Art. 7 Nr. 5 EuGVVO . . . . .	215
V. Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft gem. Art. 8 Nr. 1 EuGVVO . . . .	218
C. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse . . . . .	235
<b>§ 4 Die Haftung für die Folgen des Klimawandels im Europäischen Internationalen</b>	
<b>Privatrecht</b> . . . . .	237
A. Klimahaftung und Internationales Privatrecht . . . . .	238
I. Rolle des Internationalen Privatrechts im Zusammenhang mit Klimahaftung .	238
II. Konfligierende kollisionsrechtliche Interessen der Parteien . . . . .	239
III. Regelungsinstrumente des Europäischen Internationalen Privatrechts . . . . .	240
B. Das Umwelt- und Klimahaftungsstatut nach der Rom II-Verordnung . . . . .	247
I. Die allgemeine Anknüpfung im Europäischen Deliktsrecht . . . . .	248
II. Die Sonderkollisionsnorm des Art. 7 Rom II-Verordnung . . . . .	254
III. Berücksichtigung von ausländischen Emissionsgrenzwerten und öffentlich-	
rechtlichen Anlagengenehmigungen . . . . .	303
IV. <i>Ordre public</i> -Vorbehalt, Art. 26 Rom II-Verordnung . . . . .	321
C. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse . . . . .	322
<b>§ 5 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</b> . . . . .	326
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	330
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	350

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Einleitung</b> .....	25
A. Richterliche Gewalt als Instrument effektiven Klimaschutzes? .....	25
B. Gang der Betrachtung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands .....	28
<b>§ 2 Die Haftung für die Folgen des Klimawandels auf Ebene des nationalen Privat- rechts</b> .....	30
A. Die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels nach derzeitigem Stand der Wissenschaft .....	30
I. Bestimmung der wesentlichen Begriffe .....	31
II. Grundlagen der Klimaforschung .....	32
III. Beobachtete Veränderungen im globalen Klimasystem .....	34
IV. Ursachen des Klimawandels .....	36
V. Folgen des Klimawandels .....	37
1. Folgen für Hydrosphäre und Kryosphäre .....	39
a) Der Rückgang der Gletscher .....	39
b) Tauen von Permafrostböden .....	40
c) Rückzug des polaren Meereises und Zerfall der Eisschilde .....	41
d) Auswirkungen auf die Ozeane .....	42
2. Wetterextreme und deren Folgewirkungen .....	43
VI. Zwischenergebnis .....	45
B. Die Erforderlichkeit einer privatrechtlichen Haftung für die Folgen des Klima- wandels .....	45
I. Staatliche Maßnahmenkonzepte vor dem Hintergrund des Klimawandels ...	46
1. Bestimmung der wesentlichen Begriffe .....	47
2. Rechtliche Bestandsaufnahme .....	47
a) Völkerrechtliche Ebene .....	48
aa) Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen .....	48
bb) Das Kyoto-Protokoll .....	48
cc) Das Pariser Abkommen .....	49
b) Unionsrechtliche Ebene .....	51
aa) Rechtsquellen des Unionsrechts .....	51
bb) Das Europäische Emissionshandelssystem .....	53

c) Zwischenergebnis .....	54
II. Allokation klimawandelbedingter Schäden und Verluste .....	55
1. Zuweisung von Lasten an die allgemein vom Klimawandel Begünstigten .....	55
2. Zuweisung von Lasten an die von Anpassungsmaßnahmen Begünstigten .....	56
3. Zuweisung der Lasten an die Staatengemeinschaft .....	57
a) Grundlagen .....	57
b) Bestandsaufnahme im Völker- und Unionsrecht .....	58
4. Zuweisung der Lasten an Großemittenten .....	60
a) Bestimmung der verantwortlichen Emittenten .....	60
aa) Emission von Treibhausgasen als sozialadäquate, von der allge- meinen Handlungsfreiheit gedeckte Verhaltensweise .....	61
bb) Fehlende Quantifizierbarkeit der auf den Einzelnen entfallenden Emissionsmenge .....	61
cc) Ausschluss von Kleinstemittenten aufgrund von Praktikabilitäts- erwägungen .....	62
dd) Fokussierung auf <i>Carbon Mayors</i> .....	63
b) Vorteile des Emitters-pay-Prinzips .....	64
c) Rechtliche Umsetzung des Emitters-pay-Prinzips .....	67
C. Rechtliche Einordnung und Problematik der privatrechtlichen Haftung für die Folgen des Klimawandels .....	70
I. Rechtliche Einordnung der privatrechtlichen Klimahaftung .....	70
1. Anspruchsziele der privatrechtlichen Klimahaftung .....	70
a) Grundlegende Differenzierung nach repressiven und präventiven An- spruchszielen .....	70
aa) Rechtliche Zuordnung der relevanten Gefahr-, Verletzungs- und Schadensszenarien .....	70
bb) Repressives Anspruchsziel .....	71
cc) Präventives Anspruchsziel .....	72
b) Exemplarische Klimaklagen zur Verdeutlichung der Anspruchsziele der Klimahaftung .....	73
aa) Vorbemerkung zu Besonderheiten von Klimaklagen in den Verei- nigten Staaten von Amerika .....	73
bb) Connecticut v. American Electric Power Co., Inc. ....	75
cc) Native Village of Kivalina v. ExxonMobil, Corp. ....	76
dd) Comer v. Murphy Oil USA, Inc. ....	76
ee) City & Country of Honolulu v. Sunoco LP .....	77
ff) Luciano Lliuya v. RWE AG .....	77
c) Zwischenergebnis .....	78
2. Rechtsordnungsübergreifende Haftungselemente im Kontext der Klima- haftung .....	79
a) Grundstruktur einer deliktischen Haftungsnorm .....	80

b) Schutzbereich der Haftungsnorm .....	81
c) Zurechenbarkeit .....	82
aa) Verschuldenshaftung .....	83
bb) Gefährdungshaftung .....	85
d) Kausalität .....	86
e) Zwischenergebnis .....	89
II. Problematik der Klimahaftung .....	89
1. Justiziabilität von Klimafragen .....	90
a) Bewertung der Justiziabilität in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	90
aa) <i>Political-Question</i> -Doktrin .....	90
bb) Sperrwirkung des regulatorischen Klimaschutzrechts .....	92
b) Bewertung der Justiziabilität außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika .....	94
aa) Kritik .....	95
bb) Rechtliche Bewertung und eigene Stellungnahme .....	97
c) Zwischenergebnis .....	98
2. Schutzbereich des Haftungsrechts .....	99
a) Schutzbereich des US-amerikanischen Haftungsrechts .....	99
b) Schutzbereich des deutschen Haftungsrechts .....	100
c) Schutzbereich des französischen Haftungsrechts .....	102
d) Folgen für die internationale Klimahaftung .....	102
3. Pflichtwidrigkeit .....	103
a) Bedeutung des regulatorischen Klimaschutzes .....	104
b) Allgemeine Interessenabwägung .....	108
aa) Interessensphären der Beteiligten .....	108
bb) Gesamtgesellschaftlicher Nutzen der emissionsverursachenden Tätigkeiten .....	109
cc) Vorhersehbarkeit der (drohenden) Schäden für die Emittenten .....	111
(1) Maßgeblicher Zeitpunkt der Kenntnis und Vorhersehbarkeit auf Seiten der Emittenten .....	111
(2) Reichweite der Vorhersehbarkeit .....	114
dd) Erheblichkeit und Vermeidbarkeit der Emissionen und (drohenden) Verletzungen .....	115
(1) Erheblichkeit der Emissionen .....	115
(2) Vermeidbarkeit der klimawandelbedingten Gefahren und Schäden durch die Emittenten .....	116
c) Zwischenergebnis .....	118
4. Kausalität .....	119
a) Problemkreise im Rahmen der Kausalität .....	120
aa) Vielzahl von Einflussfaktoren .....	120
(1) Anthropogener Einfluss .....	121

(2) Natürliche Einflüsse .....	121
(3) Verstärkungs- und Rückkopplungseffekte sowie Kippunkte ...	122
(4) Wiederaufnahme von Emissionen .....	124
(5) Zwischenergebnis .....	124
bb) Vielzahl von Emittenten .....	124
(1) Problemstellung .....	124
(2) Lösungsansätze .....	126
(a) Kumulative und alternative Kausalität .....	126
(b) Abschwächung der Anforderungen an die Individualisierung der Kausalitätsbeziehung .....	129
(c) <i>Market-share-liability</i> .....	131
cc) Zwischenergebnis .....	133
b) Beweisrechtliche Anforderungen an die Kausalität .....	134
aa) Behauptungs- und Beweislast .....	134
(1) Grundlagen .....	134
(2) Beweislastumkehr .....	136
bb) Beweismaß .....	138
(1) Regelbeweismaß .....	139
(a) Grundlagen .....	139
(b) Anwendung auf die Kausalität im Rahmen der Klimahaftung	139
(2) Beweismaßabsenkungen und Beweiserleichterungen .....	141
(a) Partielle Beweismaßabsenkung für die Kausalität in Klima- haftungsfällen .....	141
(b) Anscheinsbeweis .....	142
(3) Zwischenergebnis .....	143
5. Rechtsfolge .....	144
a) Totalreparation und Proportionalhaftung .....	144
b) Gesamt- und Teilschuld .....	145
D. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse .....	146

<b>§ 3 Die Haftung für die Folgen des Klimawandels im Europäischen Zuständigkeits- recht .....</b>	<b>150</b>
A. Klimaklagen und Europäisches Zivilprozessrecht .....	150
I. Rolle des Internationalen Zivilprozessrechts im Zusammenhang mit Klima- klagen .....	150
II. Konfligierende Interessen von Klimakläger und -beklagtem .....	152
1. Interessen des Klimahaftungsklägers .....	153
2. Interessen des Klimahaftungsbeklagten .....	155
3. Gleichgerichtete Interessen der Parteien .....	155

III. Regelungsinstrumente des Europäischen Zuständigkeitsrechts .....	157
B. Die internationale Zuständigkeit für Klimahaftungsklagen nach der Brüssel Ia-Verordnung .....	159
I. Der ausschließliche dingliche Gerichtsstand nach Art. 24 Nr. 1 EuGVVO ...	159
1. Grundlegung zu Art. 24 Nr. 1 EuGVVO .....	160
2. Art. 24 Nr. 1 EuGVVO im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Immissionsabwehrklagen .....	162
a) Problemstellung .....	162
b) Entscheidung Temelín des Europäischen Gerichtshofs .....	164
aa) Sachverhalt .....	164
bb) Deliktische Qualifikation der grenzüberschreitenden Immissionsabwehrklage .....	165
(1) Begründung des Europäischen Gerichtshofs .....	165
(2) Weitere Begründungsansätze .....	167
c) Bedeutung der Entscheidung Temelín für klimawandelbezogene Immissionsabwehrklagen .....	169
3. Zwischenergebnis .....	171
II. Der allgemeine Gerichtsstand nach Art. 4 Abs. 1 EuGVVO .....	172
1. Art. 4 Abs. 1 EuGVVO als Anwendungs- und Kompetenznorm .....	172
2. Bestimmung von Wohnsitz bzw. Sitz des Beklagten .....	173
a) Bedeutung und Konsequenzen der alternativen Anknüpfungsmöglichkeiten der Sitzbestimmung .....	174
b) Rechtsträgerprinzip .....	174
3. Relevanz des allgemeinen Gerichtsstands im Zusammenhang mit Klimahaftungsklagen .....	176
a) Umfassende gerichtliche Kognitionsbefugnis .....	176
b) Vorhersehbarkeit und Vertrautheit für den Beklagten .....	177
c) Darlegungs- und Beweisanforderungen .....	178
d) Zwischenergebnis .....	179
4. Einschränkung der Klagemöglichkeit am allgemeinen Gerichtsstand? ...	179
a) Problemstellung .....	179
b) Begrenzung der umfassenden Kognitionsbefugnis durch Kausalitätsvorbehalt? .....	180
5. Zwischenergebnis .....	182
III. Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung nach Art. 7 Nr. 2 EuGVVO ...	182
1. Normzweck und Anwendungsbereich .....	183
2. Die unerlaubte Handlung .....	185
a) Begriff der unerlaubten Handlung .....	185
b) Darlegungs- und Beweisanforderungen .....	187
c) Zwischenergebnis .....	189

3. Ort des schädigenden Ereignisses .....	189
a) Ubiquitätsprinzip .....	189
b) Handlungsort .....	191
aa) Naturalistische Kriterien .....	191
bb) Erweiternde Einbeziehung normativer Kriterien .....	193
(1) Vergleich mit Pressedelikten als Musterbeispiel für Streudelikte	193
(2) Übertragung auf Klimahaftungsfälle .....	194
(3) Fehlende Wertungsparallelität zu „klassischen“ Fällen der Menschenrechtsverletzung durch Unternehmen .....	196
(4) Zwischenergebnis .....	197
c) Erfolgsort .....	197
aa) Grundlegung zur Bestimmung des Erfolgsorts .....	198
bb) Bestimmung des Erfolgsorts bei Klimahaftungsklagen .....	199
(1) Auslegungsgrundsätze .....	199
(2) Erfolgsort bei klimawandelbedingten reinen Umweltschädigungen .....	201
(a) Materiellrechtliche Einschränkung auf Ebene der Zuständigkeit? .....	201
(b) Parallele Auslegung zu dem Erfolgsort nach Art. 7 Rom II- Verordnung .....	203
(3) Erfolgsort bei klimawandelbedingten Individualschädigungen	204
(4) Erfolgsort bei klimawandelbedingten Vermögensschäden .....	206
(5) Zwischenergebnis .....	207
cc) Einschränkung des Gerichtsstands der unerlaubten Handlung am Erfolgsort? .....	208
(1) Mosaikbetrachtung .....	208
(2) Weitere Einschränkungsmöglichkeiten .....	211
(a) Kausalitätsvorbehalt .....	211
(b) Vorhersehbarkeitsvorbehalt .....	212
(c) Differenzierung zwischen unmittelbaren und mittelbaren Rechtsgutsverletzungen .....	212
(3) Ablehnung einer weiteren Einschränkung .....	214
4. Zwischenergebnis .....	214
IV. Der Gerichtsstand der Niederlassung nach Art. 7 Nr. 5 EuGVVO .....	215
1. Grundlegung zu Art. 7 Nr. 5 EuGVVO .....	215
2. Bedeutung des Art. 7 Nr. 5 EuGVVO im Zusammenhang mit Klimahaftungs- klagen .....	217
V. Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft gem. Art. 8 Nr. 1 EuGVVO .....	218
1. Grundlegung zu Art. 8 Nr. 1 EuGVVO .....	219
a) Normzweck .....	219

- b) Anwendungsbereich ..... 220
  - aa) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich ..... 220
  - bb) Sachlicher Anwendungsbereich ..... 222
- c) Konnexitätserfordernis ..... 223
- d) Ausschluss der rechtsmissbräuchlichen Klageerhebung ..... 225
  - aa) Eigenschaften der Ankerklage ..... 225
  - bb) Allgemeiner Missbrauchsvorbehalt? ..... 226
- e) Zwischenergebnis ..... 227
- 2. Stärkung des kollektiven Rechtsschutzes unter der Brüssel Ia-Verordnung? 227
  - a) Erweiterung des Art. 8 Nr. 1 EuGVVO? ..... 227
  - b) Einführung einheitlicher kollektiver Klageinstrumente? ..... 229
    - aa) Vorteile des kollektiven Rechtsschutzes ..... 229
    - bb) Rechtliche Bestandsaufnahme auf unions- und mitgliedstaatlicher Ebene ..... 230
    - cc) Einführung eines unionsrechtlichen kollektiven Klageinstruments für Umwelthaftungsfälle ..... 232
- 3. Zwischenergebnis ..... 234
- C. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse ..... 235

**§ 4 Die Haftung für die Folgen des Klimawandels im Europäischen Internationalen**

- Privatrecht** ..... 237
- A. Klimahaftung und Internationales Privatrecht ..... 238
  - I. Rolle des Internationalen Privatrechts im Zusammenhang mit Klimahaftung 238
  - II. Konfligierende kollisionsrechtliche Interessen der Parteien ..... 239
  - III. Regelungsinstrumente des Europäischen Internationalen Privatrechts ..... 240
    - 1. Rom II-Verordnung ..... 240
      - a) Zeitlicher Anwendungsbereich ..... 241
        - aa) Auslegung der Art. 31, 32 Rom II-Verordnung ..... 241
        - bb) Zeitliche Anwendbarkeit der Rom II-Verordnung auf Klimahaftungsfälle? ..... 241
          - (1) Auslegung des Begriffs des schädigenden Verhaltens im Zusammenhang mit Klimahaftung ..... 241
          - (2) Statutenwechsel ..... 243
          - (3) Faktische Schwierigkeiten im Hinblick auf die Vereinzelung der Emissionen ..... 244
          - (4) Zwischenergebnis ..... 244
      - b) Räumlich-persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich ..... 245
    - 2. Autonomes nationales Recht ..... 247
    - 3. Zwischenergebnis ..... 247

B. Das Umwelt- und Klimahaftungsstatut nach der Rom II-Verordnung	247
I. Die allgemeine Anknüpfung im Europäischen Deliktsrecht	248
1. Grundsätzliche Möglichkeiten der Anknüpfung	248
a) Anknüpfung an den Handlungsort	249
b) Anknüpfung an den Erfolgsort	250
c) Ubiquitätstheorie	250
2. Die allgemeine deliktische Kollisionsnorm des Art. 4 Rom II-Verordnung	251
a) Grundsätzliche Anknüpfung an das Recht des Erfolgsorts nach Art. 4 Abs. 1 Rom II-Verordnung	251
b) Möglichkeiten der Auflockerung der Anknüpfung an den Erfolgsort nach Art. 4 Abs. 2, 3 Rom II-Verordnung	252
aa) Art. 4 Abs. 2 Rom II-Verordnung	252
bb) Art. 4 Abs. 3 Rom II-Verordnung	253
3. Zwischenergebnis	254
II. Die Sonderkollisionsnorm des Art. 7 Rom II-Verordnung	254
1. Anwendungsbereich des Art. 7 Rom II-Verordnung	255
a) Reine Umweltschädigungen	256
aa) Verordnungsautonome Definition des Begriffs der Umweltschädigung	256
bb) Einfluss der Umwelthaftungsrichtlinie auf die Bestimmung des Begriffs der Umweltschädigung	258
(1) Konkretisierung anhand von Art. 2 UHRL	258
(2) Keine Beschränkung der Umweltschädigung auf berufliche oder gewerbliche Tätigkeiten	259
(3) Ablehnung des Kriteriums der Erheblichkeit	260
(4) Zwischenergebnis	261
cc) Umweltschädigung in Klimahaftungsfällen	261
(1) Klimawandel per se als Umweltschädigung	261
(2) Sekundäre Umweltschädigungen	263
(3) Zwischenergebnis	263
dd) Zwischenergebnis	264
b) Erstattungsansprüche der öffentlichen Hand aufgrund von Umweltschädigungen	264
aa) Zivilrechtliche Einordnung von Erstattungsansprüchen der öffentlichen Hand	265
bb) Differenzierung nach Art und Weise des Tätigwerdens der öffentlichen Hand	266
c) Aus einer Umweltschädigung herrührender Personen- oder Sachschaden	268
aa) Erfassung von Vermögensschäden?	268

bb) Ausgestaltung des Kausalzusammenhangs zwischen Umweltschädigung und Schädigung an Individualrechtsgut	270
(1) Erfordernis eines ökologischen Schadens?	270
(2) Anforderungen an die Kausalitätsbeziehung	271
cc) Zwischenergebnis	273
2. Ubiquitätsprinzip	273
a) Erfolgs- und Handlungsort als maßgebliche Anknüpfungspunkte	273
aa) Grundlagen der Anknüpfung	273
bb) Auslegung von Handlungs- und Erfolgsort	274
(1) Erfolgsort	275
(2) Handlungsort	276
(3) Zwischenergebnis	277
b) Legitimation des Ubiquitätsprinzips	277
c) Kritik am Ubiquitätsprinzip	279
aa) Keine Notwendigkeit einer eigenständigen Kollisionsnorm	279
bb) Benachteiligung des ausländischen Schädigers gegenüber dem inländischen Schädiger	280
cc) Ungerechtfertigte Beschränkung des Ubiquitätsprinzips auf den Bereich der Umweltschädigung	282
dd) Ubiquitätsprinzip als ungeeignetes Mittel zur Stärkung des Umweltschutzes	282
ee) Wertungsneutralität des Internationalen Privatrechts?	283
ff) Zwischenergebnis	284
d) Zwischenergebnis	284
3. Optionsrecht	284
a) Rechtsnatur des Optionsrechts	285
aa) Streit um die Rechtsnatur des Optionsrechts?	286
bb) Übertragung des Meinungsstands zu Art. 40 Abs. 1 S. 2 EGBGB?	287
cc) Systematische Stellung von Art. 7 Hs. 2 Rom II-Verordnung	288
dd) Wirkungen einer ausgeübten Option	288
ee) Rechtszersplitterung durch prozessuale Einordnung	289
ff) Interessen des Schädigers	289
gg) Zwischenergebnis	290
b) Ausübungsmodalitäten des Optionsrechts	290
aa) Vornahme des Günstigkeitsvergleichs durch den Geschädigten	291
bb) Unteilbarkeit des Optionsrechts	291
cc) Unwiderruflichkeit des Optionsrechts	293
(1) Grundsatz: Unwiderruflichkeit eines ausgeübten Optionsrechts	293
(2) Konkretisierung der Anforderungen an die Ausübungserklärung	294
(3) Zwischenergebnis	295

dd) Zeitpunkt der Ausübung des Optionsrechts . . . . .	295
(1) Kritische Würdigung der den Mitgliedstaaten eingeräumten Regelungskompetenz . . . . .	295
(2) Umsetzung im deutschen internationalen Privatrecht: Art. 46a EGBGB . . . . .	296
(a) Grundlagen . . . . .	296
(b) Kritik . . . . .	296
ee) Zwischenergebnis . . . . .	298
4. Einschränkung der Haftung nach dem Recht des Erfolgsorts? . . . . .	298
a) Problemstellung . . . . .	299
b) Einschränkungsmöglichkeiten . . . . .	299
aa) Mosaiktheorie . . . . .	299
bb) Vorhersehbarkeitsvorbehalt . . . . .	300
(1) Planwidrige Regelungslücke . . . . .	300
(2) Vergleichbarkeit der Interessenlagen von Produzenten und Großmittelten . . . . .	302
(3) Zwischenergebnis . . . . .	303
cc) Art. 17 Rom II-Verordnung . . . . .	303
III. Berücksichtigung von ausländischen Emissionsgrenzwerten und öffentlich- rechtlichen Anlagengenehmigungen . . . . .	303
1. Emissionsgrenzwerte . . . . .	304
a) Relevante Konstellationen . . . . .	304
b) Lösung über Art. 17 Rom II-Verordnung . . . . .	305
aa) Sicherheits- und Verhaltensregeln i. S. v. Art. 17 Rom II-Verordnung	305
bb) Faktische und angemessene Berücksichtigung . . . . .	306
c) Zwischenergebnis . . . . .	307
2. Öffentlich-rechtliche Anlagengenehmigungen . . . . .	307
a) Problemstellung . . . . .	308
aa) Anlagengenehmigungen als Ergebnis exekutiver Interessenabwä- gungen . . . . .	308
bb) Wirkung von Anlagengenehmigungen vor dem Hintergrund des Vertrauensschutzes . . . . .	308
cc) Grenzen der Verweisung nach der Rom II-Verordnung . . . . .	309
b) Relevante Sachverhaltskonstellationen und Lösungsansätze . . . . .	310
aa) Inländischer Handlungsort und Anwendung des ausländischen Er- folgsortsrechts . . . . .	310
bb) Ausländischer Handlungsort und Anwendung des ausländischen Handlungsortsrechts . . . . .	311
cc) Handlung im Ausland und Anwendung des inländischen Erfolgs- ortsrechts . . . . .	312
(1) Unbeachtlichkeit ausländischer Genehmigungen aufgrund des Territorialitätsprinzips? . . . . .	312

(2) Unionsrechtliche Anerkennungspflicht nach der EuGH-Entscheidung Temelín II? .....	313
(3) Art. 17 Rom II-Verordnung .....	314
(a) Wortlautauslegung .....	314
(b) Historische Auslegung .....	315
(c) Systematische Auslegung .....	315
(d) Modifizierte Anwendung des Art. 17 Rom II-Verordnung unter Einbeziehung wertender Kriterien .....	316
(e) Rechtliche Wirkung einer berücksichtigungsfähigen Anlagengenehmigung .....	318
c) Zwischenergebnis .....	320
3. Zwischenergebnis .....	321
IV. <i>Ordre public</i> -Vorbehalt, Art. 26 Rom II-Verordnung .....	321
C. Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse .....	322
<b>§ 5 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>326</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>330</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>350</b>